

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

10-11/2020

Oktober / November 2020

Grundpositionen zur aktuellen Lage:

Verschärfung polizeistaatlicher Maßnahmen unter dem Vorwand von Corona und die Notwendigkeit der verstärkten Solidarität

In den letzten Wochen wurde immer deutlicher, dass die geschaffene Ausnahmesituation sowohl zu einer Verstärkung polizeistaatlicher Maßnahmen als auch zum Vormarsch der Nazibewegung diente. Gleichzeitig soll die Gleichsetzung von links mit rechts Solidarität und Aktionen der Linken verhindern. Dagegen ging die Demonstration am 5. Dezember 2020 in Hamburg mit über 3000 Demonstrierenden aus Solidarität mit den von der Justiz verfolgten Aktivistinnen und Aktivisten der Kämpfe gegen den G20-Gipfel in Hamburg 2017 genau in die richtige Richtung.

Ausgangssperren

Beginnen wir mit der deutlichen Vorbereitung auf polizeiliche Ausgangssperren und deren Durchführung in einzelnen Städten.

In allen reaktionären Staaten der Welt wird in einer Atmosphäre des Ausnahmezustands getestet und abgeklärt, was als Repressionsmittel gegen die Masse der Bevölkerung an Verschärfung in Gesetzen und in der Praxis durchgesetzt werden kann.

In den Innenministerien und den Zentralen der Aufstandsbekämpfung ist eines klar: Bei zunehmenden Massenbewegungen, Protesten und militanten Aktionen, die nicht nur zehntausende, sondern hunderttausende Menschen umfassen, ist die Verhängung einer Ausgangssperre ein wichtiges Mittel unterhalb der Ebene von Massenerschießungen und Militäreinsätzen.

Die Geschichte der Konterrevolution in allen Ländern ist voll von Anwendungen dieser Repressionsmaßnahme.

Nun wurde in Deutschland im November 2020 das harmlos klingende sogenannte dritte Bevölkerungsschutzgesetz verabschiedet. In diesem Gesetz geht es nicht um die sofortige Bestrafung all jener, die im Gesundheitssystem seit Jahren und Jahrzehnten ungenügende medizinische Vorbereitungen sowie den Abbau von medizinischen Vorräten und den Abbau des Ärzte- und Pflegepersonal betrieben haben.

Es geht hier nicht um eine Detailkritik aller Aspekte dieses Gesetzes. Fest steht, dass die massive Verletzung von Datenschutz mit diesem Gesetz obligatorisch wird und dass ein antidemokratisches Versammlungsverbot maximal erleichtert wird. In antihumanitärer Weise werden die Kontakte zu Alten und Kranken nicht durch Schutzmaßnahmen ermöglicht und erleichtert, sondern Besuchsverbote und Einschränkungen von Besuchen werden damit leichter möglich. Möglicherweise doch der entscheidende Punkt ist aber, dass in Null-Komma-Nichts mit einer völlig willkürlichen Festlegung (Überschreitung von 50 positiv Getesteten pro 100.000 Einwohner in sieben Tagen) der Ausnahmezustand verhängt werden, eine Ausgangssperre legal durchgesetzt werden kann.

So wurden z.B. in Mannheim, Ludwigshafen und Heilbronn schon nächtliche Ausgangssperren (21 Uhr bis 5 Uhr morgens) verhängt. Weitere Ausgangssperren werden bundesweit konkret geplant und öffentlich angedroht.

Selbst nach bürgerlich-demokratischen Maßstäben ist die Willkür dieser Festlegung eigentlich völlig durchsichtig. Nur all diejenigen, die blindes Vertrauen in die staatlichen Institutionen der BRD haben, können glauben, dass dieses Gesetz angeblich wirklich und allein oder vor allem der Bekämpfung der Epidemie dient.

Die Ereignisse in Frankreich sind lehrreich. Ebenfalls unter dem Vorwand von Corona wird dort der berechtigte Massenprotest von Hunderttausenden gegen ein neues Gesetz, das die Berichterstattung über Verbrechen der Polizei verhindern soll, niedergeschlagen.

Die schleichende Gewöhnung an den Einsatz der Bundeswehr

Voll uniformierte Bundeswehrsoldaten werden immer ungenierter unter dem Vorwand von Corona und „Amtshilfe“ Gesundheitsämtern zugeteilt, um Spuren zu suchen, Kontaktspuren: Personen, die mit positiv Getesteten in Kontakt waren, deren Daten erfasst wurden, und die dann persönlich überprüft werden. Laut offiziellen Zahlen sind bereits über 15.000 Soldaten der Bundeswehr in ganz Deutschland im „Corona-Einsatz“.

All das nennt man Salami-Taktik. Scheiben für Scheiben soll die Bevölkerung daran gewöhnt werden und wird auch daran gewöhnt, Bundeswehrsoldaten als „Freunde und Helfer“ anzusehen. In Wirklichkeit geht es darum, dass Bundeswehrsoldaten auch bei politischen Protesten (wie bei G7 in Rostock 2007 durch Flugmanöver der Bundeswehr) zunächst logistische Hilfe leisten und dann direkt zur Unterstützung der Polizei gegen linke Demonstrierende eingesetzt werden.

Das Märchen von der Bundeswehr als „Verteidigungsarmee“ ist bei den Auslands-einsätzen der Bundeswehr längst widerlegt.

Dass die Bundeswehr im Inneren zur Repression nicht eingesetzt werden darf, war schon immer ein lügnerisches Versprechen. Aktuell soll getarnt mit karitativem Mäntelchen dieser Einsatz Stück für Stück weiter vorbereitet werden.

Der Vormarsch der Nazis in den reaktionären Massenbewegungen

Es ist leider unstrittig, dass eine mit reaktionären Grundeinstellungen und von Nazis infiltrierte und geführte Massenbewegung auf den Straßen entstanden ist, eine der größten reaktionären Massenbewegungen nach 1945.

Nur dumm ist der Einwand, es handele sich doch um „besorgte Bürger“. Bewusst wird dabei übergegangen, dass ein sogenannter „besorgter Bürger“ nicht mit Nazis gemeinsam demonstriert. Der Trick der Nazi-Propaganda ist uralt. Ausgerechnet die Nazis spielen sich als Verteidiger demokratischer Grundrechte auf und bezeichnen sich als Sophie Scholl. Das ist ein lügnerischer Vorwand. Zusätzlich wird sowohl durch den Jargon als auch durch die Einbeziehung einzelner ehemaliger Linker mit einer Imitation linker Protestbewegung gearbeitet.

Solidarität mit den von Repression betroffenen Genoss*innen (G-20 Gipfel)

Das stiftet zusätzlich Verwirrung. Es wäre schön, wenn auch aktuell nicht realistisch, wenn einmal eine Million „besorgter Bürger“ diesem Nazi-Pack eine gehörige Lehre erteilt, so dass ihnen Hören und Sehen vergeht, und gleichzeitig die polizeistaatliche Politik in Deutschland bekämpft. Das muss unser Ziel sein.

Die Gleichsetzung von Links und Rechts

Es verschärft sich, was von der Weimarer Republik bis in die BRD bis heute schon immer Staatsdoktrin war: die eherne Mitte kämpft angeblich genauso gegen links wie gegen rechts, „gegen Links- und Rechts-extremismus“, sowohl gegen Kommunistinnen und Kommunisten als auch gegen Nazis. Angeblich soll es dasselbe sein, ob jemand sich für Flüchtlinge einsetzt oder gegen sie, für den Kapitalismus oder gegen den Kapitalismus, für internationale Solidarität oder für deutschen Nationalismus. Das ist nicht nur Staatsideologie. In der Praxis heißt es dann auf zur Hatz gegen Antifa und Co! Ein bisschen Wasserwerfer gegen rechts, „Wasserwerfer marsch!“, Knüppel- und CS-Gas Einsatz in Leipzig-Connewitz gegen links. Ein paar Hausdurchsuchungen gegen rechts, Attacken gegen mehrere linke Zentren gegen links. Alles unter dem Vorwand, links sei dasselbe wie rechts.

Solidarität mit den von Repression betroffenen Genossinnen und Genossen, die 2017 gegen den G-20-Gipfel kämpften

In einem gemeinsamen Demonstrationsaufruf verschiedener Hamburger Gruppen unter dem Titel „Gemeinschaftlicher Widerstand – Demonstration in Hamburg / Bundesweite Demo am 5. Dezember für Solidarität mit den Betroffenen der G 20 Repression“ heißt es:

„Der G20 Gipfel in Hamburg liegt über drei Jahre zurück. Die Versprechen der Mächtigen von damals sind längst schon vergessen. Nicht vergessen ist der Widerstand gegen das Treffen der weltweiten kapitalistischen Eliten. Zehntausende waren auf den Straßen, um Protest gegen ihr System globaler Ausbeutung und Unterdrückung und auch gegen die Belagerung der Stadt durch brutale und hochgerüstete Polizeikräfte durchzusetzen. Und es ist noch nicht vorbei:

Noch immer verfolgt der Staat diejenigen, die im Sommer 2017 gegen den Gipfel auf die Straße gegangen sind.“

Tatsächlich startete sofort nach den Protesten gegen den G20 im Juli 2017 die seit vielen Jahren größte Verfolgungswelle gegen linken Protest und Widerstand. Es gab

Dutzende von Durchsuchungen von Wohnungen und linken Zentren, auch in Italien, Spanien, Frankreich und der Schweiz. 3.500 Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet. In über 2.400 Fällen wurden Verfahren eröffnet, wobei es in der Mehrzahl der Fälle nicht gelang, einen Verdächtigen zu identifizieren. Gleich mehrmals wurde von Staatsanwaltschaft und Polizei öffentlich zu Denunziationen aufgerufen.

451 Menschen wurden seit Juli 2017 in über 200 Prozessen angeklagt. Keine einzige Anklage gab es gegen Polizisten, die – viele Male klar dokumentiert – brutal Demonstrierende zusammenprügeln, ihnen die Knochen brachen und andere schwere Verletzungen beifügten mit oft bleibenden Gesundheitsschäden.

Mehrere Verdächtige mussten monatelang, einer sogar 16 Monate, in Untersuchungshaft sitzen. Die verhängten Urteile zeigen, dass es vor allem darum geht, den militärischen Widerstand und Protest gegen den G20-Gipfel mit aller Härte zu bestrafen. So wurde schon Ende August 2017 ein Aktivist aus den Niederlanden zu zwei Jahren und sieben Monaten Gefängnis verurteilt, weil er angeblich zwei leere Bierflaschen auf Polizisten geworfen hatte, die unverletzt blieben, und da er bei seiner Verhaftung eine „Embryonalhaltung“ eingenommen habe, die als Widerstand gegen seine Festnahme hingestellt wurde. Am 10.7.2020 wurde ein aus Frankreich stammender Angeklagter zu einer Haftstrafe von 3 Jahren ohne Bewährung verurteilt. Neben Gefängnisstrafen ohne Bewährung gab es eine Vielzahl von Verurteilungen von bis zu ein Jahr und fünf Monaten Gefängnis auf Bewährung. Gegen 169 Angeklagte sind die Strafverfahren noch nicht abgeschlossen. Weitere Prozesse werden vorbereitet. Die Verurteilungen in den Prozessen erfolgen immer deutlicher auf der Grundlinie: Der Nachweis konkreter Straftaten ist gar nicht nötig, es genügt „dabei gewesen“ zu sein. (Die vollständige Aufdeckung und Dokumentation des ganzen Umfangs dieser staatlichen Verfolgungsmaßnahmen ist unserer Meinung nach eine wichtige Aufgabe.)

Weiter heißt es in dem Aufruf:

„Die Staatsanwaltschaft Hamburg und eine eigens eingerichtete Sonderkommission arbeiten unter Hochdruck daran, Schuldige dafür zu präsentieren, dass der Widerstand in Hamburg trotz ausufernder Polizeigewalt nicht vollständig unter Kontrolle gebracht werden konnte. Das Rondeburg-Verfahren mit insgesamt über 80 Angeklagten aus dem gesamten Bundesgebiet ist nicht nur wegen seiner Größe ein einmaliger Angriff auf die linke Bewegung. Ohne dass Einzelnen konkrete Straftaten nachgewiesen werden konnten, geht der Staat mit voller Härte gegen alle

vor, die sich im Umfeld der Demonstrationen aufhielten. Das hieß für einen Teil der Betroffenen monatelange Untersuchungshaft, Hausdurchsuchungen, polizeilichen Druck gegen die Arbeitsstelle. Im anstehenden Prozess stehen fünf Minderjährige aus dem Kreis der Angeklagten vor Gericht. Das Verfahren kann daher ganz im Sinne der Staatsanwaltschaft unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Im stillen Kämmerlein soll hier ein Präzedenzfall geschaffen werden, der darauf abzielt, ein kollektives selbstbestimmtes Auftreten in der Öffentlichkeit zur Straftat zu machen!“

Aus unserer Sicht völlig richtig und unterstützenswert sind auch die weiterführenden Positionen des Aufrufs:

„Es ist die Politik der G20 selbst. Die tiefe kapitalistische Krise, die sich vor uns aufbaut, ist nicht das Produkt eines Virus. Sie ist Auswuchs dieser Wirtschaftsordnung, in der die Politik ganz auf Seiten der Banken und Konzerne steht, die gerade jetzt verstärkt um die Verteidigung ihres Besitzes, um Einflussphären und günstige Ausbeutungsbedingungen von Mensch und Natur konkurrieren. Die G20-Staaten und ihre Konzerne kontrollieren dabei fast 90 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Schon auf ihrem Gipfeltreffen vor drei Jahren haben die G20-Vertretungen bewiesen, dass sie sich ihrer Aufgaben voll und ganz bewusst sind: Vereinbart wurde unter anderem, dass ausgewählte afrikanische Staaten unter der Voraussetzung, dass sie ihre Wirtschaft weiter privatisieren, deregulieren und für ausländisches Kapital öffnen, mit Krediten unterstützt werden ...“

Der Widerstand gegen die G20, gegen die offen zur Schau gestellte Macht dieses untragbaren Gesellschaftssystems, ist Angelegenheit von uns allen: Allen, die sich für eine gesellschaftliche Zukunft einsetzen, die von unten entwickelt wird, von denjenigen, die heute nicht am Drücker der Macht, in den Chefsesseln und Privatjets sitzen. Allen, die sich dafür einsetzen, dass die natürlichen und gesellschaftlichen Reichtümer nicht weiter für den Profit der Wenigen, sondern für das Wohl der Vielen eingesetzt werden ...

Es ist höchste Zeit für ein gemeinsames Signal! Lasst uns Solidarität zeigen und deutlich machen, dass die Straßen der Städte nicht den Staatschefs und ihrer Polizei gehören!“

Aus kommunistischer Sicht ist es dringend notwendig, alle demokratischen, antikapitalistischen Bewegungen und Aktionen mit revolutionärer Orientierung nach Kräften zu unterstützen!

Dezember 2020